

## Policy Brief Nr. 53, Dezember 2021

# America is back Chancen und Herausforderungen für die multilaterale Zusammenarbeit

**Elisabeth Christen** (WIFO)

Der vorliegende Beitrag erläutert die globalen handelspolitischen Herausforderungen, die sich im Zuge der Trump-Administration intensiviert und den Stillstand sowie die Interessensgegensätze bei multilateralen Handelsfragen verschärft haben. Mit dem Amtsantritt von Joe Biden sind die Relevanz einer regelbasierten multilateralen Handelsordnung und internationalen Zusammenarbeit wieder in den Vordergrund gerückt. Insbesondere die transatlantische Kooperation bei zentralen Themen im Zuge gemeinsamer Bestrebungen hinsichtlich eines "Renewed Transatlantic Partnership" könnte eine Hebelwirkung entfalten, um die Handels- und Investitionstätigkeiten zu stärken und eine sinnvolle WTO-Reform anzustoßen. Gleichzeitig veranschaulicht Bidens "America is back"-Kurs die Rückkehr der USA auf die internationale Bühne und unterstreicht, dass die internationalen Prioritäten der USA auch multilaterale Kooperationen über die Handelspolitik hinaus beinhalten, wie beispielsweise eine Reform der globalen Unternehmenssteuer, die Aufhebung des Patentschutzes im Sinne der Eindämmung der COVID-19-Pandemie sowie ein gemeinsames Vorgehen gegenüber China und eine Klimakooperation. Dieser Kurswechsel der USA eröffnet weitreichende Chancen für die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, die langfristig auch zu einem Wiedererstarren der globalen Handelsordnung führen kann.

### 1. Einleitung

Die Bilanz nach vier disruptiven Trump-Jahren zeigt, inwieweit etablierte Bündnisse und Abkommen beschädigt, internationale Kooperation und Diplomatie torpediert, Interessen (auch im eigenen Land) gespalten und geopolitische Verwerfungen verschärft wurden. Der kompromisslose "America first"-Kurs von Donald Trump richtete sich gegen die Idee der Globalisierung und bedrohte den Multilateralismus und dessen Institutionen sowie internationales Regelwerk (Vöpel, 2020). Das zentrale Argument dieser wirtschafts- und handelspolitischen Agenda bildete das hohe Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber wichtigen Handelspartnern. Für Trump ein Beweis für unfaire Handelsbeziehungen und zugleich eine Rechtfertigung die Handelspolitik stärker im Hinblick auf nationale Interessen auszurichten, die durch Strafzölle, protektionistische Maßnahmen und die Androhung von Sanktionen vorangetrieben wurde (Christen, 2021). Auf Basis dieser Strategie quittierten die USA in vielen Bereichen die multilaterale Zusammenarbeit, wie z. B. das Pariser Klimaschutzabkommen,

forcierten die Neuverhandlung bilateraler Handelsdeals<sup>1)</sup> und kehrten der regelbasierten internationalen Ordnung, wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Welthandelsorganisation (WTO), den Rücken. Allerdings blieb der versprochene Trump-Effekt aus: die Ungleichgewichte im internationalen Handel konnten nicht gelöst werden und die Rückverlagerung der Produktion in die USA hat sich nicht verwirklicht. Vielmehr haben sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen in den USA kaum verbessert, der Handelskonflikt mit China ist unter Präsident Donald Trump eskaliert und auch die transatlantische Partnerschaft zwischen den USA und der EU ist durch protektionistische Maßnahmen und Androhungen erheblich abgekühlt (Christen, 2021).

Mit dem Wahlsieg und Amtsantritt von Joe Biden und dem Machtwechsel in beiden Kongresskammern vor rund einem Jahr ist die Hoffnung auf einen Kurswechsel zurück zu Multilateralismus, Diplomatie und einem deutlich kooperativeren Ansatz zu Themen wie Handels- und Klimapolitik aufgelebt. Sein Plan "Building

<sup>1)</sup> Beispielsweise wurde das seit 1994 bestehende Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement,

NAFTA) zwischen den USA, Mexiko und Kanada unter Trump neu verhandelt und vom US-Mexico-Canada Agreement (USMCA), das mit Juli 2020 in Kraft trat, abgelöst.

back better" kann auch als Leitsatz für die Wiederbelebung und Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen fungieren und im Sinne seiner Botschaft "America is back" die USA wieder auf die internationale Bühne zurückbringen, wenngleich dies nicht eine Rückkehr zur Handelspolitik früherer Zeiten vor Trump impliziert. Aber im Gegensatz zu seinem Vorgänger bekennt sich der amtierende US-Präsident Joe Biden zur Bedeutung des multilateralen Systems und gemeinsamen Regeln in der globalen Handelspolitik und erachtet internationale Bündnisse als wertvolles Gut.

Neben den innenpolitischen Herausforderungen stellen auch die außen- und handelspolitischen Verwerfungen für US-Präsident Biden ein schweres Erbe dar, insbesondere im Hinblick auf die **transatlantischen Beziehungen** (232-Zölle auf Stahl- und Aluminium, Streit um Luftfahrtsubventionen, EU-Chinapolitik usw.), die **sino-amerikanischen Beziehungen** (301-Zölle im Handel mit China, Umsetzung des Phase-I-Deals, Systemwettbewerb usw.) sowie die **multilaterale Zusammenarbeit** (Blockade der WTO-Berufungsinstanz und Reform der WTO, dringliche internationale Zusammenarbeit zu Fragen betreffend Handel und Klima sowie Handel und Gesundheit usw.).

Vor dem Hintergrund zahlreicher – bilateraler wie auch geopolitischer – Herausforderungen sowie potentieller Chancen bzw. Themenfelder für eine zukunftsgerichtete internationale Kooperation stellt sich die Frage, wie die multilaterale Zusammenarbeit sowie eine Wiederbelebung der WTO unter den zentralen Wirtschaftsnationen, allen voran die EU und die USA, forciert werden können. Dafür werden im vorliegenden Beitrag die Kernelemente einer neuen transatlantischen handelspolitischen Agenda unter Präsident Joe Biden sowie rezente "America is back"-Initiativen der USA beleuchtet.

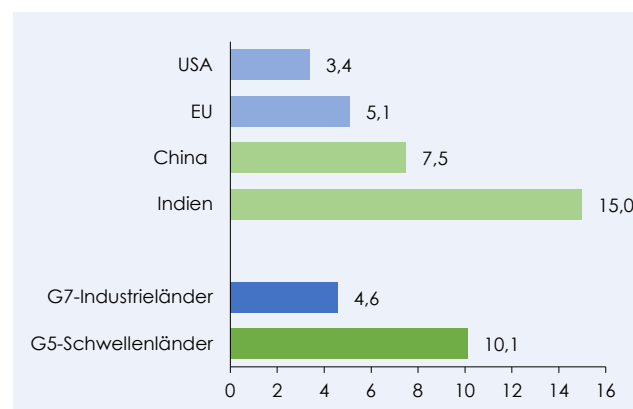
## 2. Multilateraler Stillstand als Herausforderung

Der internationale Handel beruht maßgeblich auf dem regelbasierten Handelssystem der WTO, die 1995 im Zuge der Nachfolge des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) als Institution gegründet wurde, mit dem Ziel drei Funktionen zu erfüllen: (i) ein Forum für Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels und die Formulierung neuer Handelsregeln zur Anpassung an die sich verändernde Struktur der Weltwirtschaft zu bieten; (ii) diese Handelsregeln zu überwachen; und (iii) einen Rahmen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern zu schaffen.

Im Zuge der Uruguay-Verhandlungsrunde (1986-1994) der damals 124 Mitgliedsländer im GATT wurden die Meistbegünstigungszollsätze (Most Favoured Nations, MFN) ausverhandelt, die den (höchstmöglichen) Importzoll für Ursprungswaren aller WTO-Mitgliedsländer festlegen (Flach, 2021a). Abweichungen sind im Zuge

eines Präferenzabkommens oder temporär aufgrund von begründeten Handelsschutzmaßnahmen (z. B. Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen) für einzelne Handelspartner möglich. Wenngleich die angewandten MFN-Zölle seit 1995 in allen Regionen gesunken sind, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, wie Abbildung 1 veranschaulicht. Diese großen Unterschiede erschweren künftige Zollsenkungen erheblich, da Industrieländer bei Verhandlungen mit Schwellenländern kaum weitere Zollsenkungen anbieten können.

**Abbildung 1: MFN-Zölle (in %) im internationalen Vergleich**



Anmerkung: EU einschließlich Vereinigtes Königreich; G5-Schwellenländer – Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika; G7-Industrieländer – Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich.  
Q: WTO.

Gleichzeitig haben sich im Zuge der Erweiterung der Mitgliedsländer in der EU und WTO sowie des Aufstiegs der Schwellenländer, insbesondere von China (seit 2011 WTO-Mitglied) und Russland (seit 2012 WTO-Mitglied), die Rahmenbedingungen im Welthandelssystem seit 1995 erheblich verändert, wobei sich die heute 164 WTO-Mitglieder für rund 98% des Welthandels verantwortlich zeigen<sup>2)</sup>.

Vor allem die zunehmende Verlagerung zu geografisch fragmentierten internationalen Wertschöpfungsketten, zu einem steigenden Anteil von Dienstleistungsaktivitäten an der gesamten Wertschöpfung sowie die zunehmende Bedeutung des digitalen Handels erfordern eine Aktualisierung der handelspolitischen Rahmenbedingungen (Hoekman, 2018).

Allerdings wurden die Bemühungen um eine solche Aktualisierung durch die Uneinigkeit der WTO-Mitglieder über die Prioritäten des multilateralen Handelssystems behindert und führten letztendlich zum Scheitern der ersten multilateralen Verhandlungsrunde unter der Schirmherrschaft der WTO, der Doha-Entwicklungsrunde (Braml und Felbermayr, 2018)<sup>3)</sup>. Dieses Unvermögen hinderte die WTO-Mitglieder daran, sich mit neuen Quellen politischer Spannungen zu befassen und Veränderungen im Welthandel in überarbeiteten

<sup>2)</sup> Eine ausführliche Darstellung der Auswirkungen der GATT- bzw. WTO-Mitgliedschaft bietet Janik (2021).

<sup>3)</sup> Eine ausführliche Diskussion der Initiativen und Handlungserfolge im Rahmen der DOHA-Runde zeigt Janik (2021).

WTO-Regeln Rechnung zu tragen. Dadurch wurde der Handlungsspielraum der WTO im Hinblick auf ihre Hauptaufgaben zunehmend eingeschränkt und der multilaterale Rechtsrahmen kann nicht mehr mit den jüngsten Anforderungen und Problemfeldern – vor allem in Bezug auf die chinesischen Handelspraktiken – Schritt halten (Diekmann, 2020).

Im Umfeld eines sich verändernden globalen Kontexts ergeben sich einige Herausforderungen, die im Folgenden skizziert werden.

### 2.1 Zunahme präferenzierter Handelsabkommen

Die fehlende Anpassung des internationalen Regelwerks der WTO an die neuen Herausforderungen sowie das Ausbleiben weiterer Liberalisierungsschritte im multilateralen Handelssystem führten in vielen Ländern zu einer teilweisen Neuausrichtung der Handelspolitik und zum Abschluss einer Vielzahl von präferenzialen Handelsabkommen (Preferential Trade Agreement, PTA), die oft einen regionalen Schwerpunkt aufweisen (Grübler und Stöllinger, 2018). So ist seit Anfang 2000 die Anzahl der PTAs stetig gestiegen und mittlerweile sind 350 bi- bzw. plurilaterale Abkommen in Kraft<sup>4)</sup>, die die teilnehmenden Länder besserstellen, als durch die nach WTO-Regeln geltende Meistbegünstigung.

Zudem geht diese neue Generation von Handelsabkommen inhaltlich weit über den Zollabbau, der meist den gesamten Handel umfasst, hinaus und beinhaltet auch nicht-tarifäre Handelsmaßnahmen sowie zusätzliche "WTO-Plus"-Themen, die nicht Teil des multilateralen WTO-Regelwerks sind (Christen et al., 2019). Beispiele hierfür sind Regeln für den Zugang zu ausländischen Investitionen, den grenzüberschreitenden Datenverkehr, die digitale Wirtschaft und Aspekte der innerstaatlichen Regulierung (z. B. Wettbewerbspolitik, öffentliches Auftragswesen, Zusammenarbeit bei der Regulierung). Für die Quantifizierung der Handels- und Wohlfahrtsgewinne nach der Uruguay-Runde spielen diese weitreichenden Handelsabkommen eine wichtige Rolle, wie eine rezente Analyse von Dhingra et al. (2021) zeigt.

Der Rückgriff auf PTAs erstreckt sich sowohl auf Industrie- als auch auf Entwicklungsländer und zu den rezenten Beispielen "megaregionaler" PTAs gehören die Transpazifische Partnerschaft (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, CPTPP), die Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) und die kürzlich unterzeichnete Afrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Agreement, AfCFTA).

Auch die EU, die sich weiterhin zur Schlüsselrolle der WTO und des multilateralen Systems bekennt (Europäische Kommission, 2021b), hat in den letzten Jahrzehnten mit vielen wichtigen Handelspartnern präferenziale

Handelsabkommen, die weitreichende Bestimmungen zur Integration der Märkte enthalten, abgeschlossen. Insgesamt deckte die EU im Jahr 2020 auf Basis von 46 Abkommen mit 78 Handelspartnern rund 35% der Außenhandelsströme über präferenziale Marktzugänge ab (COM(2020) 705 final). Zu den rezenten Erfolgen zählen die Abkommen der EU mit Kanada (seit 2017 vorläufig in Kraft), Japan und Singapur (seit 2019 vorläufig in Kraft) sowie Vietnam (seit 2020 vorläufig in Kraft).

Um das Regelwerk der WTO weiterzuentwickeln gibt es auf Ebene der WTO-Mitglieder mehrere plurilaterale Abkommen, wie beispielsweise das Übereinkommen über das Öffentliche Beschaffungswesen (GPA) und das Informationstechnologie-Abkommen (ITA I und II), wie Übersicht 1 zeigt (siehe Kapitel 3.1). Darüber hinaus laufen unter einigen WTO-Mitgliedern seit knapp zehn Jahren Verhandlungen über ein neues Abkommen für den Dienstleistungshandel (Trade in Services Agreement, TISA) sowie über ein plurilaterales Abkommen zum Abbau von Zöllen auf Umweltgüter (Environmental Goods Agreement, EGA), doch beide Initiativen liegen derzeit auf Eis (Mildner et al., 2020), wengleich diesen beiden Abkommen große Bedeutung zukommt. Allerdings stehen besonders Schwellen- und Entwicklungsländer diesen Initiativen kritisch gegenüber und befürchten, dass dadurch ihr Handlungsspielraum zunehmend eingeschränkt wird und zugleich Marktentwicklungen sie zwingen, dem Abkommen letztendlich zuzustimmen (Mildner et al., 2020).

Obwohl sich die globale Verbreitung von Freihandelsabkommen in den letzten Jahren deutlich verlangsamte, wie die Daten der WTO zeigen<sup>5)</sup>, spiegelt die zunehmende Tiefe der Abkommen das Interesse an multilateraler Zusammenarbeit bei Handelsfragen wider. Folglich stellen PTAs eine Möglichkeit dar, die strukturellen Schwierigkeiten zu überwinden und könnten somit als Katalysator für eine stärkere Integration dienen, sofern sie eine offene Beitrittsklausel haben und dadurch anderen Ländern ermöglichen über ihre Teilnahme zu verhandeln. Gleichzeitig sind PTAs von ihrer Konzeption her diskriminierend und führen zu potentiellen Handelsumlenkungen und lenken die politische Aufmerksamkeit von Themen ab, die eine multilaterale Zusammenarbeit erfordern.

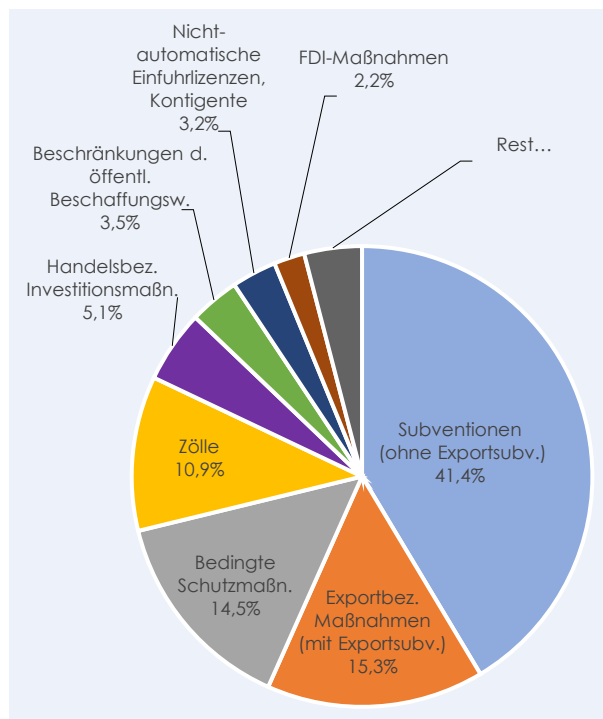
### 2.2 Zunahme handelsverzerrender Maßnahmen

Aufgrund der ökonomischen Nachwirkungen von Krisen, wie z. B. der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, wurden in vielen Ländern Stimmen für eine protektionistische Wirtschaftspolitik laut, mit dem Ziel die angeschlagene heimische Wirtschaft vor ausländischem Wettbewerb abzuschotten und dadurch zu stärken, wengleich dies keine nachhaltige Lösung der wirtschaftlichen Probleme darstellt (Yalcin et al, 2017).

<sup>4)</sup> <https://rtais.wto.org/UI/PublicMaintainRTAHome.aspx> (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>5)</sup> Siehe <https://rtais.wto.org/UI/PublicMaintainRTAHome.aspx> (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

**Abbildung 2: Überblick über die implementierten handelsverzerrenden Maßnahmen von 2009 bis 2021**



Anmerkung: Stichtag der gemeldeten Maßnahmen ist jeweils der 31. Dezember.

Q: Global Trade Alert Database (zuletzt abgerufen am 1.12.2021).

Im Sinne der WTO-Regularien sind die Mitgliedsländer dazu verpflichtet, jegliche Art von nicht-tarifären Handelsmaßnahmen zu melden. Wie die Daten des Global Trade Alert<sup>6)</sup> Projektes aufzeigen, haben seit 2009 die protektionistischen Handelsbarrieren deutlich zugenommen und erreichten unter Präsident Donald Trump sowie im Zuge der COVID-19-Pandemie ein neues Ausmaß. Vor allem die USA sowie China implementierten in den letzten Jahren gegenüber den wichtigsten Handelspartnern eine beträchtliche Anzahl an diskriminierenden Maßnahmen (Goldbeck und Yalcin, 2018). Wie Abbildung 2 zeigt, fallen fast 60% der seit 2009 weltweit verhängten protektionistischen Maßnahmen auf Subventionen und exportbezogene Maßnahmen (einschließlich Exportsubventionen), während bedingte handelspolitische Schutzmaßnahmen 14,5% ausmachen, gefolgt von Zöllen mit rund 11%. Seltener kommen

auch weitere Handelshemmnisse das öffentliche Beschaffungswesen und Investitionen betreffend zum Einsatz.

Handelsstreitigkeiten über Subventionen können langanhaltend sein und zu massiven Spannungen in der globalen Zusammenarbeit führen, wie der Streit um Subventionen für Airbus/Boeing zwischen der EU und den USA zeigt. Der mittlerweile über 16 Jahre andauernde und mehrere Verfahren bei der WTO umfassende Streit, der am längsten andauernde Streitfall in der Geschichte der WTO, erzielte erst vor Kurzem mit Urteilen des Schiedsgerichts ein vorläufiges Ende. Während sich durch die Genehmigung und Einführung von Ausgleichszöllen<sup>7)</sup> die Spannungen zunächst verschärfen wurde erst im Zuge des Gipfeltreffens zwischen der EU und den USA im Juni 2021 eine Beilegung des Handelskonflikts vollzogen. Im Zuge dieser Kooperationsvereinbarung haben sich beide Seiten dazu verpflichtet, Finanzierungen zu Marktbedingungen bereitzustellen und die Anwendung von Gegenmaßnahmen für einen Zeitraum von fünf Jahren auszusetzen. Dieser jahrelange Konflikt belastet die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu einem Zeitpunkt, an dem diese Länder ihre Beziehungen neu ausrichten und die Gespräche über ein bilaterales Handelsabkommen wieder aufnehmen könnten, auch wenn diese Bestrebungen nicht Teil der von der Europäischen Kommission veröffentlichten EU-US-Agenda sind<sup>8)</sup>.

### 2.3 Blockade des Streitbeilegungssystems

Ein wesentliches Merkmal der WTO ist das Streitbeilegungssystem, das aus einem Schiedsgerichtsorgan (Dispute Settlement Body, DSB) und einer Berufungsinstanz (Appellate Body, AB) besteht und dazu dient, Handelsstreitigkeiten durch eine unparteiische und unabhängige Rechtsprechung auf Grundlage des multilateralen Regelwerks beizulegen. Entscheidungen der ersten Instanz können vor der Berufungsinstanz, bestehend aus sieben Mitgliedern, angefochten werden, wobei drei Mitglieder für ein Quorum erforderlich sind. Seit der Gründung der WTO im Jahr 1995 wurden fast 600 Streitfälle<sup>9)</sup> entschieden, diese Erfolgsbilanz und die Durchsetzung der Urteilsprüche lässt darauf schließen, dass die WTO eine zentrale Rolle als globales Schiedsgericht in Handelskonflikten übernimmt (Sacerdoti, 2017), wenngleich einige Länder, wie beispielsweise die USA, der Funktionsweise des Berufungsgremiums besonders kritisch gegenüberstehen (USTR, 2020; Willem, 2020; Fukunaga, 2020)<sup>10)</sup>. Diese Haltung spiegelte

<sup>6)</sup> Siehe <https://www.globaltradealert.org/> (zuletzt abgerufen am 1.12.2021), Evenett (2019) sowie Evenett und Fritz (2020).

<sup>7)</sup> Zunächst attestierte die WTO der USA im Herbst 2019 Strafzölle im Umfang von 7,5 Mrd. \$ (rund 6,7 Mrd. €) einzuheben, bevor im Herbst 2020 auch der EU genehmigt wurde Ausgleichszölle auf ein Handelsvolumen von knapp 4 Mrd. \$ (rund 3,3 Mrd. €) einzuheben. Siehe [https://ec.europa.eu/germany/news/20210615-transatlantische-partnerschaft\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210615-transatlantische-partnerschaft_de) (zuletzt abgerufen am 11.10.2021).

<sup>8)</sup> Im November 2020 unterbreitete die Europäische Kommission der neuen US-Administration eine Agenda für die zukünftige transatlantische Zusammenarbeit mit dem Titel "Eine neue EU-US Agenda für den globalen Wandel" ([https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint-](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint-communication-eu-us-agenda_en.pdf)

[communication-eu-us-agenda\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint-communication-eu-us-agenda_en.pdf), zuletzt abgerufen am 13.10.2021).

<sup>9)</sup> [https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/WTO\\_-\\_Streitbeilegungssystem\\_.html](https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/WTO_-_Streitbeilegungssystem_.html) (zuletzt abgerufen am 11.10.2021).

<sup>10)</sup> Zu den Kritikpunkten zählen u. a. die lange Bearbeitungsdauer der Streitfälle sowie die Überschreitung des Auslegungsmandats des Gremiums.

sich in der bereits unter Präsident Obama abgelehnten Wiederernennung eines Mitglieds des Berufungsgremiums wider und setzte sich unter der Trump-Administration weiter fort, wodurch in letzter Konsequenz mit 10. Dezember 2019 die Beschlussfähigkeit des Gremiums ausgesetzt wurde (Matthes, 2021)<sup>11)</sup>.

Während Reformbemühungen der WTO zur Lösung der Blockade im Streitbeilegungssystem von der Trump-Regierung abgelehnt wurden, besteht Hoffnung mit der Biden-Administration voranzukommen. Mit dem Machtwechsel im Weißen Haus wurde der monatelange Widerstand der USA gegen die nigerianische Bewerberin Ngozi Okonjo-Iweala aufgehoben und sie wurde mit März 2021 zur neuen Generaldirektorin der WTO ernannt. Aufgrund der Dringlichkeit erklärte auch sie eine Reform des Streitbeilegungsverfahrens zu einer ihrer wichtigsten Prioritäten und ihre Bestellung könnte Hoffnung auf Reformen und eine Wiederbelebung des Schiedsgerichts geben. Neben der Relevanz eines funktionierenden Streitbeilegungssystems für die USA bietet auch das in dieser verfahrenen Situation von der EU und Kanada initiierte auf Basis der WTO-Berufungsregeln eingerichtete, interimistische Berufungsschiedsverfahren<sup>12)</sup> einen zusätzlichen Anreiz (Matthes, 2021). Als Ausgangspunkt für einen weiteren Dialog, für den auch weitere Expertenvorschläge vorliegen (Willems, 2020; Stewart, 2019), könnten die Vorschläge der EU für eine weitreichende WTO-Reform, die die Bedenken der USA hinsichtlich der Berufungsinstanz aufgreifen und bereits innerhalb der WTO diskutiert wurden (der "Walker-Prozess"), dienen.

#### 2.4 Differenzierung nach Entwicklungsstatus

Die Herausforderungen der WTO greifen allerdings noch tiefer und erfordern eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer im Hinblick auf deren Integration in das Handelssystem, da sich trotz Regelgleichheit die Ländergruppen innerhalb der WTO wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelt haben, wie die Analyse von Klein (2020) zeigt<sup>13)</sup>. Ein wesentlicher Kritikpunkt in diesem Zusammenhang stellt die Klassifizierung von Ländern nach Entwicklungsstatus dar, da das Engagement vieler Entwicklungsländer in der WTO auf der "besonderen und differenzierten Behandlung" (Special and Differential Treatment, SDT) beruht. Diese Vorzüge implizieren, dass diesen Ländern bei Handelsliberalisierungen nicht volle Gegenseitigkeit abverlangt wird und sie ihre Märkte nicht im gleichen Maße wie Industrielän-

der öffnen müssen. Allerdings fehlt es der WTO an klaren Kriterien, die zwischen Entwicklungs- und Industrieländern differenzieren und den Sonderstatus rechtfertigen, vielmehr obliegt es den WTO-Mitgliedern selbst ihren Status zu bestimmen, wodurch große Schwellenländer wie China (aber auch Brasilien, Argentinien, Indien, Russland und einige andere) noch diese Sonderbehandlung als Entwicklungsland genießen. In einer gemeinsamen Erklärung von EU, USA und Japan setzen sich die drei Wirtschaftsräume und WTO-Mitglieder dafür ein, den Druck auf wirtschaftlich weit entwickelte Entwicklungsländer in der WTO zu erhöhen, damit sie in den laufenden und künftigen WTO-Verhandlungen volle Verpflichtungen eingehen<sup>14)</sup>. Zudem sollen Vorschläge über strengere Kriterien für die Bestimmung des Entwicklungsstatus diskutiert werden.

#### 2.5 Konsensprinzip der WTO

Die Effektivitäts- und Legitimationskrise der WTO hat viele Gründe. Aufgrund der Heterogenität der WTO-Mitglieder sowie der unterschiedlichen Interessen behindert die Entscheidungsfindung im Konsensprinzip die Arbeitsweise der WTO, vor allem da die Konsenspraxis nicht nur für Verhandlungsergebnisse gilt (Hoekman, 2018). Allerdings sind bislang alle diskutierten Vorschläge zur Reformierung des Entscheidungsprozesses in der WTO auf wenig Unterstützung gestoßen, vielmehr besteht unter den WTO-Mitgliedern, wie Lamy (2009) feststellt, ein Konsens über den Konsens.

Diese Konsenspraxis offenbart sich allerdings als dysfunktional und hat in der Folge die Wirksamkeit der WTO als Institution beeinträchtigt und Anreize geschaffen, präferenzielle Handelsabkommen bzw. plurilaterale Übereinkommen zu forcieren. Generell veranschaulichen solche plurilateralen Übereinkommen, dass eine Zusammenarbeit bei gewissen Themenbereichen für einzelne WTO-Mitglieder interessant ist sowie als Plattform dienen können und die WTO nicht durch das Konsensprinzip zur Gänze lahmgelegt ist.

### 3. Kernpunkte eines "Renewed Transatlantic Partnership"

Mit dem Einzug von Joe Biden, der als Anhänger eines partnerschaftlichen Umgangs mit Verbündeten und eines regelbasierten Multilateralismus gilt, ins Weiße Haus wuchsen die Hoffnungen auf eine Normalisierung der Handelspolitik und Entspannung der transatlantischen

<sup>11)</sup> Eine umfassende Darstellung der Funktionsweise der WTO und der Problematik im Zusammenhang mit der Blockade der WTO-Streitschlichtung zeigen von Daniels et al. (2020).

<sup>12)</sup> Das sogenannte "Multi-party interim appeal arbitration arrangement (MPIA)" ist seit 30. April 2020 in Kraft und derzeit sind rund 20 Länder beigetreten, darunter China, Brasilien, Mexiko, Australien und die Schweiz, während Länder mit einer gewichtigeren Position, wie beispielsweise Indien unter den Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch Japan und natürlich die USA, außen vorbleiben (WTO, 2020). Für den Fall, dass die USA in einem bilateralen Handelsstreit gegen die EU

in Berufung gehen, führte die EU einen Durchsetzungsmechanismus ein und kann auf dieser Basis auch Gegenmaßnahmen ergreifen.

<sup>13)</sup> Während die Industrieländer sowie die asiatischen Schwellenländer in Bezug auf die relative Einkommensentwicklung zu den Gewinnern zählen, war der GATT- bzw. WTO-Beitritt für die afrikanischen (mit Ausnahme von Südafrika) und lateinamerikanischen Länder wenig erfolgreich.

<sup>14)</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_43](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_43) (zuletzt abgerufen am 12.10. 2021).

Beziehungen. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Biden, die USA in multilaterale Vereinbarungen, wie das Pariser Klimaschutzabkommen, die WTO und die WHO, zurückzuführen. Die in Biden's "Building back better"-Plan angekündigten Vorhaben, erneuerbare Energien zu forcieren und die USA Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu machen, lassen zudem vermuten, dass die USA in einigen Bereichen wieder zu einem Partner für nachhaltige und zukunftsfähige Politik werden können, der auch eine Chance für die in Folge der COVID-19-Krise angeschlagene Wirtschaft bietet, auch für die EU. Denn auch wenn die US-Wirtschaftspolitik, zum Beispiel im Rahmen des COVID-19-Hilfsprogramms, mit "Buy American"-Bestimmungen sehr stark auf die Interessen der USA abstellen, sind für die angedachten Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung intakte globale Wertschöpfungsbeziehungen notwendig und von Vorteil (Christen, 2021). Zu einem Neuanfang der transatlantischen Beziehungen bekennt sich auch die EU, die dafür plädiert, die künstlichen Handelskonflikte einvernehmlich beiseite zu legen und die Zusammenarbeit in vielen Bereichen zu stärken.

Die stabile wirtschaftliche Basis zwischen der EU und den USA ist ein zentraler Anker und Ausgangspunkt, um die Bruchlinien in den transatlantischen Handelsbeziehungen zu überwinden und die gemeinsamen Interessen und Chancen im Sinne eines "Renewed Transatlantic Partnership" zu fördern und zu nützen.

#### 3.1 WTO-Reform

Wenngleich die WTO-Mitglieder Bemühungen um eine WTO-Reform je nach Themenbereich unterschiedliche Bedeutung und Dringlichkeit beimessen, erscheinen drei zentrale Aspekte vordringlich: (i) die Umsetzung und Funktionsweise des Streitbeilegungsmechanismus; (ii) die Berücksichtigung von Belangen der wirtschaftlichen Entwicklung (in Anbetracht der sehr unterschiedlichen Gegebenheiten und Kapazitäten in den einzelnen Mitgliedsländern); sowie (iii) ein Umdenken in der Arbeits- und Funktionsweise der WTO.

Die Ernennung und Nachbesetzung der Mitglieder der Berufungsinstanz und die damit verbundene **Wiederherstellung eines unabhängigen Streitbeilegungssystems** zählen zu den vordringlichsten Aspekten einer WTO-Reform. Wenngleich für die EU die Aufhebung dieser Blockade höchste Priorität hat und nicht mit anderen Aspekten der WTO-Reform verknüpft werden sollte (Europäische Kommission, 2021a), begnügen sich die USA damit den Status-quo aufrechtzuerhalten und die Blockade des Berufungsgremiums als handelspolitischen Spielraum zu nützen<sup>15</sup>.

Darüber hinaus sollte sich eine weitreichende WTO-Reform zum Ziel setzen, die **Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der WTO** als Forum für Verhandlungen über Handelsregeln und weitere Liberalisierungsschritte wiederherzustellen<sup>16</sup>). Dafür müssen allerdings die rezenten Rahmenbedingungen im Welthandelssystem berücksichtigt und mit den WTO-Regeln in Einklang gebracht werden. Mögliche Ansatzpunkte zur **Modernisierung der WTO-Regeln** finden sich im digitalen Handel, bei Investitionen, im Dienstleistungshandel sowie im Hinblick auf die Rolle des Staates in der Wirtschaft, einschließlich Subventionen. Bislang unternahm die WTO in diesen Bereichen nur sehr wenig. Lediglich im Falle von elektronischen Übertragungen haben sich die WTO-Mitglieder verpflichtet, keine Zölle auf digitale Transaktionen zu erheben (WTO, 2019), aber es wurden kaum Fortschritte bei der Festlegung von Regeln für die interne Regulierung von Dienstleistungen erzielt, die sich negativ auf den digitalen Handel und die Fähigkeit ausländischer Unternehmen Dienstleistungen anzubieten auswirkt.

Im Hinblick auf die Verhandlungsmethoden und bisherigen Verhandlungsrunden der WTO sollte, aus dem Unvermögen eine Gesamtlösung zu erzielen, verstärkt auf themenspezifische Fortschritte im Rahmen **offener plurilateraler Übereinkommen** gesetzt werden (Europäische Kommission, 2021a). In diesem Zusammenhang sollte sich eine zukunftssträchtige WTO-Reform allerdings den Problemen im Hinblick auf die Umsetzung dieser plurilateralen Abkommen innerhalb der WTO bewusst werden und neben einer vereinfachten Integration dieser Abkommen in die Handelsordnung auch Grundsätze formulieren, unter denen solche Übereinkommen in den WTO-Rahmen übertragen werden können. Mögliche Grundsätze könnten die Offenheit der Teilnahme ("Multilateralismus") oder die Erreichung einer aus wirtschaftlicher Sicht "kritischen Masse" sowie die mit ihr unmittelbar zusammenhängende allfällige Ausweitung der Meistbegünstigung auf Nichtmitglieder des plurilateralen Abkommens umfassen. Weitere Anforderungen berücksichtigen eine erleichterte Partizipation von Entwicklungsländern, die Transparenz des Verhandlungsprozesses sowie Mittel zum Schutz der bestehenden Rechte von Nichtteilnehmern bei gleichzeitiger Vermeidung von Trittbrettfahrerverhalten (Europäische Kommission, 2021a; Hoekman und Sabel, 2020).

Weitere Reformvorschläge zielen darauf ab, den **Ausgleich zwischen verschiedenen Entwicklungsstufen** der WTO-Mitglieder objektiver zu gestalten, sodass zukünftig Verpflichtungen und Privilegien von Mitgliedslän-

<sup>15</sup> Während weiterhin über WTO-Dispute in erster Instanz entschieden werden kann, bleiben die von den Streitparteien vorgelegten Berufungen aufgrund der Handlungsunfähigkeit des Berufungsgremiums in einer juristischen Schwebe und entziehen folglich der WTO-Streitbeilegung ihre Endgültigkeit und Verbindlichkeit. <https://www.politico.eu/article/united-states-world-trade-organization-joe-biden/> (zuletzt abgerufen am 24.11.2021).

<sup>16</sup> Auch im Hinblick auf die rezenten Herausforderungen im Zuge der COVID-19-Pandemie kann eine WTO-Reform genutzt werden, um die Fähigkeiten der WTO zur Krisenbewältigung zu verbessern (Evenett und Baldwin, 2020).

dem von objektiven, wirtschaftlichen Kriterien abhängen und keine Selbsteinstufung als Entwicklungsland zulassen.

Im Rahmen der gemeinsamen Erklärung des EU-USA-Gipfeltreffens<sup>17)</sup> sprachen sich beide Seiten dafür aus, bei den Bemühungen um eine sinnvolle WTO-Reform zusammenzuarbeiten, um das ordnungsgemäße Funktionieren der Verhandlungsfunktion und des Streitbeilegungssystems der WTO sowie eine Aktualisierung des WTO-Regelwerks voranzutreiben. Während dieser Punkt der Agenda vor allem für die EU von zentraler Bedeutung ist, zählt eine WTO-Reform nicht zur obersten Priorität der USA.

Gleichzeitig sprechen sich beide Seiten für plurilaterale Lösungen aus, um neue Handelsfragen anzugehen, wenn multilaterale Lösungen keinen Konsens finden. Übersicht 1 gibt einen Überblick über bislang abgeschlossene plurilaterale Abkommen<sup>18)</sup> sowie rezente Initiativen, wie beispielsweise den Dienstleistungsbereich, die Umweltgüter sowie Investitionserleichterungen betreffend, bei denen im Vorfeld der vertagten WTO-Ministerkonferenz Verhandlungsfortschritte erzielt wurden.

#### Übersicht 1: Überblick über plurilaterale Abkommen und Initiativen und ihre Mitgliedsländer

Plurilaterale Abkommen bzw. Initiativen	Inkrafttreten	Beginn der Initiative	Anzahl WTO-Mitglieder
Zivilluftfahrzeuge	Jän. 1980		32
Öffentliches Beschaffungswesen (GPA)	Jän. 1981		48
Informationstechnologie (ITA)	Dez. 1996, Erweit. 2016		83
Telekommunikationsdienstleistungen	Feb. 1998		108
Finanzdienstleistungen	März 1999		70
Innerstaatl. Regulierung im Dienstleistungsbereich		1999/2016	67
Handel mit Dienstleistungen (TISA)		März 2013	50
Umweltgüter (EGA)		Juli 2014	46
Investitionserleichterungen <sup>1)</sup>		Dez. 2017	110
E-Commerce		Jän. 2019	86
Handel u. Gesundheit		Nov. 2020	40
Handel u. Nachhaltigkeit		Nov. 2020	53

Q: WTO, WFO-Zusammenstellung (Stand 6.12.2021). – 1) Investment facilitation for development, IFD.

Auffallend im Zusammenhang mit Übersicht 1 ist, dass die Anzahl der Mitglieder über die Abkommen/Initiativen hinweg stark variiert, wenngleich bei den meisten Abkommen/Initiativen vor allem Industrieländer vertreten sind und eine Gruppe an WTO-Mitgliedsländern, insbesondere Kanada, die EU, Schweiz, Norwegen und Australien, alle gegenläufigen Initiativen unterstützt.

Breite Unterstützung der WTO-Mitglieder zeichnet sich zudem für eine handelspolitische Antwort auf die

COVID-19-Pandemie ab, die im Zuge der vertagten 12. WTO-Ministerkonferenz finalisiert werden könnte.

### 3.2 Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen

Im Hinblick auf die in den vorangegangenen Kapiteln diskutierte Zunahme handels- und wettbewerbsverzerrender Maßnahmen und staatlicher Eingriffe, vor allem im Hinblick auf Industriesubventionen, bedarf es einer Modernisierung des Subventionsbegriffs mit dem Ziel Subventionen, die legitime öffentliche Ziele unterstützen und nur minimale verzerrende Auswirkungen haben, anders zu klassifizieren als Maßnahmen mit negativen Spillover-Effekten, die den Wettbewerb durch die Bevorzugung inländischer gegenüber ausländischen Unternehmen verzerren, den Marktzugang einschränken oder deutliche Auswirkungen auf die Weltmärkte haben (Europäische Kommission, 2021a). Dafür sind aber eine wesentlich höhere Transparenz über diese Interventionen sowie allgemein eine Verbesserung der Notifizierungspflichten erforderlich. Im Weiteren kann der "Grundsatz der Wettbewerbsneutralität" auf andere Elemente, wie beispielsweise den Umgang mit staatseigenen Unternehmen, erzwungene Technologietransfers sowie interne Regulierungen, ausgedehnt werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen unter den WTO-Mitgliedern sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang haben sich die EU, USA und Japan im Rahmen der trilateralen Initiative<sup>19)</sup> im Jänner 2020 darauf geeinigt, das WTO-Abkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen im Hinblick auf den Subventionsbegriff, die Erfassung von Subventionen sowie den Nachweis und die Meldepflichten zu verschärfen und den Druck auf Reformen betreffend Regelungen von Staatsunternehmen, Überkapazitäten und Marktverzerrung zu erhöhen (Mildner et al., 2020). Ein Hauptziel dieser Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks besteht darin, faire Wettbewerbsbedingungen mit China auszuloten und einen regelbasierten Umgang mit diesen Problemen zu ermöglichen, um dadurch auch dem rezenten Systemwettbewerb, vor allem zwischen den USA und China, entgegenzuwirken (Felbermayr, 2019).

Die Interessen der EU und der USA sind in diesem Zusammenhang recht ähnlich und haben sich nach den Spannungen rund um das von der EU mit China im Dezember 2020 abgeschlossene bilaterale Investitionsabkommen (Comprehensive Agreement on Investment, CAI)<sup>20)</sup> zunehmend angenähert (Flach, 2021b). Oberste Priorität der USA ist gemeinsam mit Verbünde-

<sup>17)</sup> <https://www.consilium.europa.eu/media/50758/eu-us-summit-joint-statement-15-june-final-final.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>18)</sup> Die kürzlich veröffentlichte Geneva Trade Platform gibt einen umfassenden Überblick über plurilaterale Abkommen (<https://wtoplurilaterals.info/>; zuletzt abgerufen am 2.12.2021).

<sup>19)</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_43](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_43) (zuletzt abgerufen am 12.10.2021).

<sup>20)</sup> Das Abkommen zielte darauf ab, den Marktzugang und die Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen zu verbessern, liegt allerdings aufgrund aktueller Differenzen im Moment auf Eis.

ten, wie der EU bzw. den G7-Ländern, eine gemeinsame China-Strategie und Koalition gegen China<sup>21)</sup> aufzubauen. Doch die Beziehungen der westlichen Länder zu China sind multidimensional und vor allem die EU betrachtet China nicht nur als systemischen Rivalen und wirtschaftlichen Konkurrenten, sondern auch als notwendigen Partner in zentralen Fragen (z. B. in der Klimapolitik). Folglich bedarf es einer klaren strategischen Positionierung im Umgang mit China, innerhalb der EU sowie auch im Hinblick auf potentielle transatlantische Bestrebungen einen regelbasierten Umgang mit China voranzutreiben und gemeinsame Regulierungsansätze und internationale Standards als globale Normen zu setzen.

### 3.3 Gründung eines Handels- und Technologierats

Im Zuge des transatlantischen Gipfeltreffens Mitte Juni 2021 verständigten sich die EU und die USA darauf, einen Handels- und Technologierat (Trade and Technology Council, TTC) zu gründen, der als Forum die Vorgehensweise und Koordination in wichtigen globalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen unterstützen und folglich die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen vertiefen soll<sup>22)</sup>.

Zu den wichtigsten Zielen des Handels- und Technologierats zählen eine Intensivierung der transatlantischen Handels- und Investitionsaktivitäten, die Vermeidung neuer technischer Handelshemmnisse sowie eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit in wichtigen Politikbereichen. Konkrete Beispiele einer verstärkten transatlantischen Kooperation umfassen die Zusammenarbeit in Bezug auf Technologiestandards, den digitalen Handel, die Versorgungssicherheit von Lieferketten sowie weitere globale Herausforderungen im Handel. Insgesamt einigten sich die EU und die USA auf die Implementierung von zehn Arbeitsgruppen zu Handelsthemen, die den Prozess unterstützen. Vor allem die Zusammenarbeit hinsichtlich klima- und umweltfreundlicher Technologien, wie auch die geplante Zusammenarbeit bei der Entwicklung kompatibler und internationaler Normen sowie eine erleichterte Kollaboration bei der Regulierungspolitik und der Rechtsdurchsetzung erscheinen äußerst zukunftsorientiert.

Parallel zum Handels- und Technologierat verkündeten die EU und die USA im Rahmen des Gipfeltreffens ein Forum für einen gemeinsamen Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich einzurichten, der sich auf wettbewerbspolitische Ansätze und deren

Durchsetzung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit im Technologiesektor konzentrieren soll, auch mit dem Ziel sich im Vorgehen gegen unfaire Handelspraktiken, wie beispielsweise von China, abzustimmen<sup>23)</sup>. Ebenso könnten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen eine Grundlage für weitere Gespräche über ein potentielles transatlantisches Abkommen bilden, das sich nicht an einer Fortsetzung der TTIP-Verhandlungen orientiert, sondern vielmehr versucht gemeinsame Interessen und Themenfelder auszuloten.

### 3.4 Forcierung gemeinsamer Interessen im Bereich Klimaschutz

Angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen muss die Handelspolitik dringender denn je Klima- und Umweltfragen gerecht werden, die sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer betreffen. Gemeinsame globale Interessen und Ziele im Hinblick auf eine ökologische Transformation des Wirtschaftssystems und eine nachhaltige Entwicklung, im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), zu denen sich alle WTO-Mitglieder bekannt haben, könnten angesichts der sehr ähnlich postulierten Klimaschutzziele als Präzedenzfall für ein Wiedererstarken des Multilateralismus dienen. Erste Durchbrüche in der internationalen Klimadiplomatie zeigen sich auch im Zuge der UNO-Klimakonferenz in Glasgow (siehe Kapitel 4).

Um ähnliche Ambitionen zur Erreichung von Klimaneutralität<sup>24)</sup> bis zur Jahrhundertmitte voranzutreiben, wurde im November 2020 von 53 WTO-Mitgliedern ein Forum für Handel und ökologische Nachhaltigkeit (Trade and Environmental Sustainability Structured Discussions, TESSD)<sup>25)</sup> ins Leben gerufen mit dem Ziel, eine gemeinsame Erklärung im Zuge der 12. Ministerkonferenz vorzulegen<sup>26)</sup>.

Das Hauptziel dieser Anstrengungen liegt darin zu gewährleisten, dass das multilaterale Regelwerk den Wandel hin zu einer klimaneutralen und widerstandsfähigen Wirtschaft bestärkt. Damit verbundene Überlegungen der EU, die im Zuge eines Non-Papers<sup>27)</sup> veröffentlicht wurden, enthalten einige Ansatzpunkte, wobei ähnliche Initiativen auch von den USA priorisiert werden (Schott, 2021).

Die Liberalisierung ausgewählter Waren und Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz

<sup>21)</sup> In diesem Zusammenhang haben sich die G7-Länder als Alternative zu Chinas "Neuer Seidenstraße" auf eine "build back better world"-Infrastruktur-Investitionsinitiative für die Schwellenländer geeinigt.

<sup>22)</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_29\\_90](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_29_90) (zuletzt abgerufen am 13.10.2021).

<sup>23)</sup> <https://www.consilium.europa.eu/media/50758/eu-us-summit-joint-statement-15-june-final-final.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>24)</sup> Sowohl die EU als auch die USA streben bis 2050 Klimaneutralität an, ähnliche Interessen verfolgen auch Japan (bis 2050) und China (bis 2060).

<sup>25)</sup> [https://www.wto.org/english/news\\_e/archive\\_e/tesd\\_arc\\_e.htm](https://www.wto.org/english/news_e/archive_e/tesd_arc_e.htm) (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>26)</sup> Weitere Initiativen im Themenfeld Handel und Umwelt umfassen die FAST-Gruppe (Friends Advancing Sustainable Trade) sowie die von Neuseeland mit fünf anderen Ländern forcierten Bemühungen für ein Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (Agreement on Climate Change, Trade and Sustainability, ACCTS ([https://www.wto.org/english/news\\_e/news20\\_e/envir\\_03jul20\\_e.htm](https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/envir_03jul20_e.htm), zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>27)</sup> [https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/november/tradoc\\_159117.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/november/tradoc_159117.pdf) (zuletzt abgerufen am 14.10.2021).



stehen, könnten einen Neustart bei Umweltgüterabkommen bewirken, wobei zunächst ein Fokus auf spezifische Waren (z. B. klimaschonende Technologien) und Umweltdienstleistungen gelegt werden sollte, um die Erfolgchancen zu erhöhen.

Ein wichtiger Baustein ist auch die Transparenz, die über die Notifizierung von Umweltmaßnahmen<sup>28)</sup> hinausgehen und frühzeitig Diskussionen über nationale Umweltmaßnahmen, wie beispielsweise CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmaßnahmen, forcieren sollte. Dieser Informationsaustausch könnte auch weitere Themenfelder, wie die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft sowie die Förderung eines umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesens beinhalten.

Weitere Aspekte dieser Initiative zielen darauf ab, die Handelshilfe ökologischer auszurichten sowie die den institutionellen Rahmen der WTO betreffenden Handels- und Umweltfragen, beispielweise durch ein Zusammenführen der Ergebnisse in den diversen Ausschüssen der WTO, zu stärken.

Wenngleich gemeinsame Schwerpunkte und länderübergreifende Kooperationsmöglichkeiten bestehen, bleibt die Frage offen, inwieweit Klima- und Handelspolitik miteinander verknüpft werden können, um gemeinsame Lösungen auf den Weg zu bringen. Denn international unterschiedliche klimapolitische Zielvorgaben und Auflagen<sup>29)</sup> bergen die Gefahr potentieller negativer Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern mit einer strikteren Klimapolitik und folglich einer Verlagerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Ausland, in der Literatur als Carbon Leakage bezeichnet (Borsky, 2020). In diesem Zusammenhang plant die EU die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, wobei ein Alleingang ein begrenztes Potential im Hinblick auf die Reduzierung globaler CO<sub>2</sub>-Emissionen aufweist und zugleich auch für neue Spannungen im internationalen Handel führen könnte, wenn dazu vorab kein intensiver Dialog mit den Handelspartnern stattfindet<sup>30)</sup>.

Als weitaus effektiver erweist sich ein gemeinsamer klimapolitischer Ansatz eines größeren Länderverbunds im Rahmen eines "Klimaclubs", der beispielsweise neben der EU auch die USA und China umfassen könnte, wie die Ergebnisse von Mahlkow et al. (2021) zeigen.

Ein gemeinsames Verständnis für die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer transatlantischen Zusammenarbeit erzielten die EU und die USA beim Gipfeltreffen

Mitte Juni 2021, bei dem sich beide Seiten darauf verständigten eine EU-US-Klimaaktionsgruppe einzurichten, um die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Zielerreichung des Pariser Klimaschutzabkommens zu stärken und Umweltschutz sowie den Erhalt der biologischen Vielfalt zu gewährleisten. Dieser neue Weg eines "Renewed Transatlantic Partnership"<sup>31)</sup> ist ein erfolgreicher Aufbruch zu einem kooperativen, transatlantischen Dialog, der auch das Potential entwickeln könnte, ernsthaft über Interessensgegensätze zu verhandeln und weitere vertiefende Ergebnisse zu erzielen.

#### 4. "America is back"-Initiativen

Neben diesen transatlantischen Zugeständnissen in wichtigen Politikbereichen die Zusammenarbeit zu intensivieren und gemeinsame Reformen anzustoßen, haben die USA bereits in einigen weiteren Initiativen gezeigt, dass sie den "America is back"-Leitsatz ernst nehmen und den Aufbau starker internationaler Beziehungen mit Verbündeten forcieren<sup>32)</sup>. So drückten die USA bereits im Mai 2021, neben mehr als 105 weiteren Ländern, ihre Unterstützung für die von Indien und Südafrika im Oktober 2020 vorgeschlagene **Ausnahmeregelung zum TRIPS-Abkommen** (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) aus, die den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum für Technologien zur Vorbeugung, Eindämmung oder Behandlung von COVID-19, einschließlich Impfstoffen und impfstoffbezogenen Technologien, vorübergehend aufheben würde. Nach den WTO-Entscheidungsregeln müssen mindestens drei Viertel aller WTO-Mitglieder einer solchen Ausnahmeregelung zustimmen. Trotz der Dringlichkeit und Bedeutung dieses TRIPS-Waivers wird der Vorschlag von einigen wenigen gewichtigen Ländern, darunter die EU<sup>33)</sup>, blockiert. Die EU legte einen Alternativplan vor, der die Aufhebung von Ausfuhrbeschränkungen, die Lizenzierung und die Nutzung der bestehenden TRIPS-Flexibilitäten, im Sinne von staatlich angeordnete Zwangslizenzen, befürwortet. Eine viel diskutierte Frage in diesem Zusammenhang ist, inwiefern Patentfreigabe oder Lizenzierung eine fairere und effektivere Lösung und im Hinblick auf die Eindämmung der Pandemie bestmögliche Versorgung der einkommensschwachen Länder darstellen oder auch alternative Maßnahme das Potential haben den Zugang

<sup>28)</sup> Die Umweltdatenbank der WTO (Environmental Database, ETB) bildet die von den WTO-Mitgliedern eingereichten umweltbezogenen Notifikationen sowie die in den Trade Policy Reviews der WTO-Mitglieder erwähnten Umweltmaßnahmen und -politiken ab (<https://edb.wto.org/>, zuletzt abgerufen am 14.10.2021).

<sup>29)</sup> Einen Überblick über die implementierten bzw. geplanten Initiativen einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung bietet das Carbon Pricing Dashboard der Weltbank (<https://carbonpricingdashboard.worldbank.org/>, zuletzt abgerufen am 14.10.2021).

<sup>30)</sup> Siehe auch Hufbauer (2021) für eine ausführliche Diskussion des Problems um mögliche Handelsstreitigkeiten.

<sup>31)</sup> <https://www.consilium.europa.eu/media/50758/eu-us-summit-joint-statement-15-june-final-final.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.10.2021).

<sup>32)</sup> <https://borderlex.net/2021/06/09/perspectives-the-2021-g7-trade-agenda-is-being-set-by-the-united-states/> (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).

<sup>33)</sup> Die Positionen innerhalb der EU sind sehr heterogen, während insbesondere Deutschland, Portugal, Estland und Belgien zurückhaltend sind, zeigen Griechenland, Frankreich, Spanien und Italien ihre Unterstützung, ebenso befürwortet das Europäische Parlament die Aussetzung von Patenten auf Corona-Impfstoffe ([https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2021/690649/EPRS\\_ATA\(2021\)690649\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2021/690649/EPRS_ATA(2021)690649_EN.pdf), zuletzt abgerufen am 18.11.2021).

zu Impfstoffen zu beschleunigen<sup>34</sup>). Eine zentrale Rolle hierbei könnte auch die von der WHO initiierte globale COVAX-Initiative<sup>35</sup>) spielen, mit dem Ziel als globaler Fonds Patentrechte an Impfstoffen für ressourcenärmere Länder aufzukaufen<sup>36</sup>).

Trotz aller vorliegenden Hindernisse hat die neue Position der USA in Bezug auf eine TRIPS-Ausnahmeregelung das Potential, die Weichen für einen besseren und gerechteren Zugang zu COVID-19-Impfstoffen zu stellen und den internationalen Zusammenhalt zu stärken, erfordert gleichzeitig aber auch eine intensivere Überzeugungsarbeit und Führungsrolle der USA.

Einen rezenten multilateralen Erfolg gab es auch bei den unter der Schirmherrschaft der OECD geführten Verhandlungen zu einer **Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung und Einführung einer globalen Mindeststeuer für Großkonzerne** mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Mrd. € ab 2023. Während Donald Trump jegliche Bemühungen um eine weltweite Mindeststeuer abgelehnte, schlugen die USA nun unter US-Finanzministerin Janet Yellen zunächst einen Mindestsatz von 21% vor und plädierten für eine Untergrenze für die Unternehmensbesteuerung von 15%. Vor wenigen Monaten einigten sich die G20-Länder, die Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, auf eine globale Unternehmenssteuer von 15%. Ebenso sollen die Unternehmensgewinne in jenen Ländern besteuert werden, in denen die meisten Umsätze erwirtschaftet werden, um auch digitale Dienstleistungen und internetbasierte Unternehmen zu erfassen und Verlagerungen in Niedrigsteuerländer zu verhindern.

Eine klare Bereitschaft für multilaterale Zusammenarbeit zeigten die USA unter dem US-Klimabeauftragten John Kerry auch im Zuge der **UNO-Klimakonferenz COP26**, in der die beiden größten Treibhausgasemittenten der Welt, China und die USA, eine Vereinbarung für mehr Klimaschutz sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beschlossen haben, um anhand konkreter Pläne die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen und die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen. Diese Klimakooperation ist ein geopolitisches Signal für den multilateralen Dialog, wenngleich China und Indien als Hauptinitiatoren (mit anderen stark von Kohle abhängigen Ländern) anstelle eines Kohleausstiegs das Ergebnis im Sinne eines "schrittweisen Abbaus" abgeschwächt haben und die USA eine verbindliche Finanzzusage für Klimaschutz und Anpassungen in den ressourcenärmeren Ländern blockiert haben<sup>37</sup>). Zudem sind im "Klimapakt von Glasgow" alle Länder aufgefordert ihre national festgelegten Beiträge bis Ende 2022

zu überprüfen und nachzuschärfen und die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45% im Vergleich zu 2010 zu verringern, um die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels noch möglich zu machen.

Eine weiterer Schritt zur transatlantischen handelspolitischen Versöhnung gelang mit der faktischen **Beilegung des Handelskonflikts um Stahl- und Aluminiumzölle**, die am Rande des Gipfeltreffens der führenden Industrie- und Schwellenländer in Rom verkündet wurde und eine bevorstehende Erhöhung der Sonderzölle abgewendet hat. Die gemeinsame Lösung ermöglicht der EU eine bestimmte Menge der Metalle zollfrei in die USA zu exportieren, im Gegenzug verzichtet die EU darauf, Sonderzölle auf bestimmte US-Waren, wie Whiskey, Jeans und Harley-Davidson-Motorräder, zu erheben und beide Seiten des Atlantiks werden ihre Verfahren vor den Gremien der WTO aussetzen. Gleichzeitig streben beide Seiten des Atlantiks ein globales Abkommen für eine nachhaltigere Produktion in diesem Industriebereich an, um den Zugang einer CO<sub>2</sub>-intensiven Stahlerzeugung, etwa aus China, zu beschränken und die Probleme der Überkapazitäten zu adressieren<sup>38</sup>).

Zudem streben die USA unter der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai ein Wiedererstarken der Führungsrolle in der WTO an. Zu den **obersten Prioritäten der USA im Rahmen der 12. WTO-Ministerkonferenz**, die vor Kurzem aufgrund der Pandemie vertagt wurde, zählt einerseits eine handelspolitische Antwort auf die Eindämmung der Pandemie zu finden. Mit der Zustimmung der EU könnte beispielsweise eine Entscheidung hinsichtlich des TRIPS-Waiver gelingen. Andererseits rücken die USA im Nachklang des COP26-Klimagipfels die Frage in den Vordergrund, wie Handelsmaßnahmen die Verpflichtungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterstützen können und setzen darauf, konkrete Ergebnisse im Rahmen der WTO-Klimainitiative zu erarbeiten. Auch ein Abschluss der seit rund 20 Jahren laufenden Verhandlungen zum Abbau von Fischereisubventionen sowie Verhandlungserfolge im Hinblick auf zentrale plurilaterale Übereinkommen, wie der E-Commerce-Initiative, könnten den Prozess der multilateralen Zusammenarbeit auf WTO-Ebene im Zuge eines "America is back"-Kurses der USA wieder in Gang bringen. In diesem Zusammenhang verkündeten die 67 an der plurilateralen Initiative teilnehmenden WTO-Länder, trotz vertagter WTO-Ministerkonferenz, eine Einigung beim Abkommen zur Regulierung des Dienstleistungssektors, das die bürokratischen Verfahren für ausländische Dienstleistungserbringer einfacher gestaltet. Auch bei weiteren plurilateralen Initiativen, wie beispielsweise zu

<sup>34</sup>) Eine ausführliche Diskussion bieten u. a. Zach et al. (2021) sowie Raza (2021).

<sup>35</sup>) Die USA haben sich erst unter Präsident Biden an der Initiative beteiligt und könnten durch eine finanzielle Vorreiter- und Führungsrolle die Aufstockung und damit Relevanz des Fonds vorantreiben.

<sup>36</sup>) <https://www.ifw-kiel.de/de/media-pages/news-ext-links/2021/globaler-fonds-waere-effektiver-als-patentschutz-fuer-corona-impfstoffe-auszusetzen/> (zuletzt abgerufen am 23.11.2021).

<sup>37</sup>) <https://www.handelsblatt.com/politik/international/cop26-entwurf-der-abschlusserklaerung-klimakonferenz-verwaessert-ziel-des-kohleausstiegs/27794008.html?ticket=ST-1390371-jrfiv47ccnwseorlvFDI-cas01.example.org> (zuletzt abgerufen am 2.12.2021).

<sup>38</sup>) [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_21\\_5679](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_5679) (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).

den Investitionserleichterungen, die Verwaltungsreformen in Entwicklungsländern fördern, zeichneten sich kürzlich positive Entwicklungen im Verhandlungsschritt ab<sup>39</sup>). Zudem bietet die Verschiebung der WTO-Ministerkonferenz in der Zwischenzeit die Möglichkeit, Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen.

Ein Blick auf diese rezenten "America is back"-Initiativen verdeutlicht inwiefern US-Präsident Biden einen Auftakt zur besseren und verstärkten internationalen Zusammenarbeit forciert, die im Hinblick auf die adressierten Problemfelder weitreichende Chancen für den Aufbau internationaler Beziehungen und Zusammenarbeit eröffnet, die langfristig auch zu einem Wiedererstarken der globalen Handelsordnung führen können. Diese Prinzipien bilden auch den Grundstein der neuen EU-Handelsstrategie (Europäische Kommission, 2021b), die auf internationale Zusammenarbeit, Multilateralismus und eine regelbasierte Ordnung aufbaut. Im Vordergrund stehen die verstärkte Partnerschaft und enge Zusammenarbeit mit den USA. Trotz unterschiedlicher Prioritäten in gewissen Bereichen könnten dieser gemeinsame Wille und kooperative Zugang es ermöglichen, ernsthaft über Interessensunterschiede zu verhandeln, um Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen und die neuen Perspektiven des ökologischen und digitalen Wandels zu nützen.

## 5. Fazit und Ausblick

Global betrachtet untergräbt das Wiedererstarken nationaler protektionistischer handelspolitischer Interessen die Bedeutung multilateraler Handelssysteme und internationaler Zusammenarbeit und Kooperation. Doch im Gegensatz zu seinem Vorgänger setzt Biden auf die Kooperation mit Verbündeten, insbesondere mit der EU, und forciert die Chance die internationale Zusammenarbeit sowie das regelbasierte internationale Handelssystem wiederzubeleben.

Der neue "America is back"-Kurs der USA eröffnet zahlreiche Ansatzpunkte die multilaterale Zusammenarbeit zu intensivieren und im Hinblick auf globale Herausforderungen, wie z. B. den Klimawandel, die Eindämmung der COVID-19-Pandemie sowie die internationale Unternehmensbesteuerung, gemeinsame Interessen zu bündeln und als Chance zu nützen.

Im Sinne eines "Renewed Transatlantic Partnership" sprechen sich die EU und die USA für eine Erneuerung und Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit aus – die bereits von einigen zentralen Durchbrüchen flankiert war – wengleich Meinungsverschiedenheiten, z. B. im Hinblick auf die Aufhebung des Patentschutzes von Corona-Impfstoffen, weiterhin bestehen. Doch der Wille und die Bereitschaft gemeinsame Lö-

sungen anzustreben und internationale Zusammenarbeit zu stärken markierten einen großen Unterschied zu den vier Trump-Jahren zuvor.

Im Hinblick auf den Klimawandel und die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele bemühen sich die USA um eine Klimakooperation, sowohl mit China als auch mit der EU, die ein deutliches geopolitisches Signal darstellt. Um neue Konflikte bzw. Spannungen im Zusammenhang von Handel und Klimaschutz allerdings vorzubeugen, die beispielweise durch den Vorstoß der EU ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem einzuführen aufkommen könnten, sollten Spannungsfelder in der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer bzw. auf Ebene der WTO intensiv diskutiert werden und durch einen frühzeitigen Informationsaustausch und Dialog ausgelotet werden. Für eine erfolgreiche Erreichung der Klimaschutzziele der EU, wie auch jener der USA und von China, wäre ein Durchbruch in der internationalen Klimadiplomatie entscheidend und könnte auf diesem Weg weitere Impulse für ein Wiedererstarken der multilateralen Zusammenarbeit entfalten.

## 6. Literaturverzeichnis

- Borsky, S. (2020). Internationaler Handel, Klimapolitik und Carbon Leakage. *FIW Policy Briefs*, (45).
- Braml, M., & Felbermayr, G. (2018). Von der Ohnmacht zur Obsoleszenz? Die ungewisse Zukunft der WTO. *ifo Schnelldienst*, 71(November), 3-6.
- Christen E., Friesenbichler, K. S., Hudetz, A., Kettner-Marx, C., Meyer, I., & Sinabell, F. (2019). *Außenhandel und nachhaltige Entwicklung in Österreich. Befunde auf der Grundlage vorliegender Quellen*. WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, Wien.
- Christen, E. (2021). Wiederbelebung und Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen nach Trump: Chancen und Herausforderungen für die EU. In Petritsch, W., Horvath, P., Schweiger, M. (Hrsg.). *USA und Europa – Scheidung oder Neustart?*, New academic press, erscheint demnächst.
- Dhingra, S., Freeman, R. & Huang, H. (2021). The Impact of Non-tariff Barriers on Trade and Welfare. *CEPR Discussion Paper*, (1742).
- Diekmann, B. (2020). Globale Handelsordnung—mit den oder ohne die USA?. *Wirtschaftsdienst*, 100(5), 324-328.
- Europäische Kommission. (2021a). *Reform der WTO. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen und wirkungsvollen multilateralen Handelssystem*, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021b). *Trade Policy Review – An Open, Sustainable and Assertive Trade Policy*.(COM/2021/66 final). [https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/february/tradoc\\_159438.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/february/tradoc_159438.pdf)
- Evenett, S. (2019). Protectionism, state discrimination, and international business since the onset of the Global Financial Crisis. *Journal of International Business Policy*, 2(4), 9-36.
- Evenett, S., & Baldwin, R. (ed., 2020). *Revitalising Multilateralism: New Ideas for the New WTO Director General*. CEPR E-book.

<sup>39</sup>) <https://borderlex.net/2021/12/02/historic-services-deal-laos-investment-plurilaterals-fill-mc12-space/> (zuletzt abgerufen am 6.12.2021).

- Evenett, S., & Fritz, J. (2020). *The Global Trade Alert database handbook*. (Manuscript).
- Felbermayr, G. (2019). *25 Jahre WTO – Ursachen des Zerfalls und Reformvorschläge für die Zukunft.*, Kiel Focus. <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2019/25-jahre-wto-ursachen-des-zerfalls-und-reformvorschlaege-fuer-die-zukunft-0/>
- Flach, L. (2021a). Recent Challenges for Global Cooperation and the Future of WTO. *CESifo Forum*, (22(2)), 8-11.
- Flach, L. (2021b). Die EU braucht eine klare USA-China-Strategie. *Wirtschaftsdienst*, 101(4), 238-239.
- Fukunaga, Y. (2020). Challenges to the WTO Dispute Settlement Reform. In Konrad-Adenauer-Stiftung Japan (ed.). *The Multilateral System under Stress*. Tokyo, 15–22.
- Goldbeck, M., & Yalcin, E. (2018). The Rise of Non-Tariff Measures and Consequences for Global Trade. In Gnan, E., & Kronberger, R. *Schwerpunkt Außenwirtschaft 2017/2018, Protektionismus: Ursachen, Erscheinungsformen, ökonomische Effekte*. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien.
- Grübler, J., & Stöllinger, R. (2018). Die Evolution und Bedeutung "moderner" EU-Freihandelsabkommen. *FIW Policy Briefs*, (43).
- Hoekman, B. M. (2018). *Revitalizing multilateral governance at the world trade organization: report of the high-level board of experts on the future of global trade governance*. European University Institute.
- Hoekman, B. M., & Sabel, C. (2020). Open Plurilateral Agreements, Global Spillovers and the Multilateral Trading System. *Bertelsmann Stiftung Working Paper*, (03).
- Hufbauer, G. (2021). *Divergent climate change policies among countries could spark a trade war. The WTO should step in*. Trade and Investment Policy Watch, PIIE.
- Janik, R. (2021). WTO 2.0: Rück- und Ausblick auf das multilaterale Welt-handelssystem. *FIW Policy Briefs*, (51).
- Klein, M. (2020). WTO-Reform: Formale Regelgleichheit reicht nicht aus, alle Mitgliedsländer brauchen gleiche wirtschaftliche Chancen. *Wirtschaftsdienst*, 100(5), 315–320.
- Lamy, P. (2009). *Strengthening the WTO as the global trade body*. Geneva. WTO.
- Mahlkow, H., Wanner, J., Felbermayr, G., & Peterson, S. (2021). *EU-Klimapolitik, Klimaclubs und CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich*. GED Fokus Papier.
- Matthes, J. (2021). How to Unlock the WTO Blockage and Why China Holds the Key. *CESifo Forum*, 22(2), 17-21.
- Mildner, A., Tepper, K., & von Unger, E. (2020). WTO – die Hüterin des Welthandels in der Krise. *Wirtschaftsdienst*, 100(5), 332-337.
- Raza, W. G. (2021). COVID-19 und das Versagen pharmazeutischer Innovation für den globalen Süden: Das Beispiel der "vernachlässigten Krankheiten" und der Neuen Infektionskrankheiten. *ÖFSE Briefing Paper*, (32).
- Sacerdoti, G. (2017). The Future of the WTO Dispute Settlement System: Confronting Challenges to Consolidate a Success Story. In Braga, C. & Hoekman, B. (eds.). *Future of the Global Trade Order*. Florence. EUI.
- Schott, J. (2021). *How US trade policy can support climate change goals*. Trade and Investment Policy Watch, PIIE.
- Stewart, T. P. (2019). WTO's Appellate Body Reform the Draft General Council Decision on Functioning of the Appellate Body. <https://www.wita.org/blogs/wtos-appellate-body-reform/>
- USTR. (2020). *Report on the Appellate Body of the World Trade Organization*. [https://ustr.gov/sites/default/files/Report\\_on\\_the\\_Appellate\\_Body\\_of\\_the\\_World\\_Trade\\_Organization.pdf](https://ustr.gov/sites/default/files/Report_on_the_Appellate_Body_of_the_World_Trade_Organization.pdf)
- von Daniels, L., Dröge, S., & Bögner, A. (2020). WTO-Streitschlichtung: Auswege aus der Krise. *SWP-Aktuell*, (01).
- Vöpel, H. (2020). Die USA vor dem Wahlkampf: Die Spuren Donald Trumps in Wirtschaft und Politik. *ifo Schnelldienst*, 73(1).
- Willems, C. (2020). *Revitalising the World Trade Organisation*. Atlantic Council. Washington DC. <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/report/revitalizing-the-wto/>
- WTO. (2019). *Joint Statement on Electronic Commerce – EU Proposal for WTO Disciplines and Commitments relating to Electronic Commerce*. [https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/may/tradoc\\_157880.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/may/tradoc_157880.pdf)
- WTO. (2020). *Statement on a Mechanism for Developing, Documenting and Sharing Practices in the Conduct of WTO Disputes*. [https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE\\_Search/FE\\_S\\_S009-DP.aspx?language=E&CatalogueIdList=263504](https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S009-DP.aspx?language=E&CatalogueIdList=263504)
- Yalcin, E., Felbermayr, G., & Steininger, M. (2017). *Konsequenzen einer protektionistischen Handelspolitik der USA*. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. ifo Institut. München.
- Zech, H., Wagner, S., Fackler, T., Hilty, R. M., Plöger, I., & Stolpe, M. (2021). Patentschutz: Impulsgeber für Innovationen oder Behinderung von Produktion?. *ifo Schnelldienst*, 74(08).

### Autorin:

Mag. Elisabeth Christen, PhD

WIFO

Email: [elisabeth.christen@wifo.ac.at](mailto:elisabeth.christen@wifo.ac.at)

### Impressum:

FIW-Policy Briefs erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW). Für die Inhalte der Policy Briefs sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Es ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien, der Johannes Kepler Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche sowie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Rechenzentrums und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort finanziert.

Kontakt:

FIW-Projektbüro

c/o WIFO

Arsenal, Objekt 20

1030 Wien

Telefon: +43 1 728 26 01 / 335

-Email: [fiw-pb@fiw.at](mailto:fiw-pb@fiw.at)

Webseite: <https://blog.fiw.ac.at>